

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 pbbn d

Inhalt

Peter Glotz MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD, analysiert die Landtagswahlen von Hessen und Bremen: Der September-Sieg der Sozialdemokraten hat bundespolitische Bedeutung. Seite 1

Wax Amling MdB, Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages, befaßt sich mit unternehmerfreundlichen Dispositionen auf verkehrspolitischem Gebiet: Das seltsame Spiel des Minister Dollinger. Seite 3

Dokumentation

Rede des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, NRW-Ministerpräsident Johannes Rau, zum Verhältnis zur Bundeswehr: Unsere Soldaten garantieren den Schutz der Verfassung. Seite 5

38. Jahrgang / 184

26. September 1983

Der September-Sieg der Sozialdemokraten

Die Erfolge von Holger Börner und Hans Koschnick haben bundespolitische Bedeutung

Von Peter Glotz MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die großen Erfolge Holger Börners in Hessen und Hans Koschnicks in Bremen haben bundespolitische Bedeutung. An den folgenden vier Folgerungen läßt sich auch bei hoher Interpretationskunst nicht vorbeikommen:

1. Die Regierung Kohl/Censcher hat eine erste Quittung für das nicht eingelöste Aufschwungversprechen bekommen. Es gibt inzwischen Kohl-Wähler (vor allem in den Industrieverbänden, bei den freien Berufen und im alten Mittelstand), denen die Wende nicht radikal genug ist; und es gibt gleichzeitig Kohl-Wähler (unter Arbeitern, Angestellten, Beamten, also Bürgern mit kleinem und mittlerem Einkommen) denen klar wird, daß diese Wende gegen ihre ureigensten Interessen gerichtet ist. Die Wahlpropaganda der CDU/CSU hat bis zum 6. März Erwartungen geweckt, die sich jetzt als unerfüllbar erweisen, Kohl moderiert unentschieden die auseinanderstrebenden Flügel seiner Partei und hat dafür den ersten Denkkzettel verpaßt bekommen.
2. Der 25. September 1983 zeigt deutlich: Censcher hat die FDP ruiniert. Zur Zeit ist diese FDP keine Partei, sondern eine Leihstimmen-Hülse: Wo sie nicht durch massive Überlebenshilfe der CDU über der Fünfprozentmarke gehalten wird, fliegt sie aus den Parlamenten. Das hessische Ergebnis zeigt, daß die FDP in ihrem heutigen Zustand nicht einmal Mehrheitsbeschaffer ist; das einzige, was sie Wallmann und der hessischen CDU beschafft hat, wird ein handfester innerparteilicher Konflikt sein. Die Freien Demokraten müssen sich nach diesem 25. September raschestens eine neue Führung und ein neues Profil beschaffen, sonst verschwinden sie von der Bildfläche.

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Konrad-Adenauer
Stiftung
Kanzlei
Königsplatz



3. Die Grünen sind als Partei auf dem Rückzug. Sowohl das bremische als auch das hessische Ergebnis zeigen, daß die Grünen und das hinter ihnen stehende Wählerpotential zwar manche Ideen erfolgreich transportiert haben, daß aber immer mehr Menschen erkennen, daß die Umformung dieser Ideen in Politik durch eine eigene Grüne Partei nicht zustandegebracht wird. Dies bedeutet: Die Grünen werden in den sozialen Bewegungen weiterhin politischen Einfluß behalten, die Zuspitzung zur Parteiform aber erweist sich mehr und mehr als politischer Fehler.
4. Der ehrenwerte Versuch der Liberalen Demokraten, eine eigene linksliberale Organisation aufzubauen, ist gescheitert. Die SPD und ihr sozialliberaler Gesprächskreis sind weiterhin offen für die Anhänger und Wähler dieser engagierten liberalen Truppe.

Neben diesen vier politischen Grunderkenntnissen, an denen nicht herumgedeutelt werden kann, wirft die Wahl vom 25. September noch ein paar erfreuliche Nebenergebnisse ab. Das eine betrifft den Generalsekretär der CDU: Der Geißler-Effekt (Themenwechsel durch Beleidigung) hat erstmals nicht mehr funktioniert. Geißler hat den Bogen überspannt; die Bürger nehmen es der SPD nicht übel, daß sie es sich mit der Friedensfrage schwer macht, sondern honorieren die ernsthafte (und auch kontroverse) Debatte in dieser Partei. Der Versuch, statt der entscheidenden wirtschaftspolitischen Themen die angebliche nationale Unzuverlässigkeit der SPD zum Gegenstand der Wahlentscheidung zu machen, ist kläglich mißglückt.

Die andere Seite dieser Medaille: Holger Börners entschieden sozialdemokratische Wirtschaftspolitik hat sich behauptet. Erstmals seit langem konnte sich ein sozialdemokratischer Regierungschef ohne Koalitionszwänge zu einem klaren Konzept der konstruktiven Verbindung von Ökonomie und Ökologie bekennen - und er hat prompt eine erkleckliche Zahl von Prozenten zugelegt. Dies zeigt, daß die Sozialdemokraten auf dem richtigen Weg sind, wenn sie - wie im Dortmunder Wahlprogramm von Hans-Jochen Vogel angelegt - die Ökonomie nicht gegen die Ökologie ausspielen, sondern in konkreter, faßbarer Politik zusammenführen.

(-/26.9.1983/ks/rs)

+ + +



Das seltsame Spiel des Minister Dollinger

CSU-Minister als Steigbügelhalter kommerzieller Interessen

Von Max Amling MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Bei der Zusammenführung der Busdienste von Bahn und Post im schwäbischen Raum bewährt sich die CSU als Steigbügelhalter kommerzieller Interessen. Ausführer ist der Bundesminister für Verkehr, Werner Dollinger, der abweichend von Beschlüssen der Bundesregierung sich die Interessen eines Allgäuer Busunternehmers zu Eigen macht. Flankenschutz beim Durchsetzen des Unternehmerwillens leisteten die CSU-Politiker Kiechle, Bundeslandwirtschaftsminister und der Bundestagsvizepräsident Stücklen.

Zur Sache selbst ist vorab festzuhalten: Die Bundesregierung beschloß am 1. Juni 1981 die Zusammenfassung der Busdienste von Bahn und Post in einem Unternehmen öffentlich-rechtlicher Form. Dieser Beschluß bildete die Grundlage für den Aufbau der notwendigen Organisation des "Unternehmensbereich Bahn-Bus", der alle Funktionen des Busdienstes regional und zentral erfüllt und der losgelöst von der Organisationsstruktur der Bundesbahn weitgehende Selbständigkeit genießt. Dann erfolgte die eigentliche Überleitung des Postreisedienstes. Heute besteht in der Hauptverwaltung der Bundesbahn die "Bahn-Bus-Zentrale" (BBZ). Ihr unterstehen die im letzten Jahr gebildeten achtzehn "Geschäftsbereiche Bahn-Bus" (GBB). Nach Abschluß der personellen Umstrukturierungen bei der Post und Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen sollte die Endphase der Überleitungen zum Jahresende 1983 in allen Geschäftsbereichen abgeschlossen sein.

Im Bereich Augsburg ergaben sich für die Region Oberstdorf/Kleines Walsertal einige Überleitungsschwierigkeiten. In dieser Region betrieb die Deutsche Bundespost mit dem Inhaber der Firma "Komm mit" GmbH, Herrn Morent, aus Sigishofen, im Postreisedienst eine Kooperation in Form eines Gemeinschaftsverkehrs mit Einnahme und Leistungspool (ohne grundsätzliche Kostenpoolung) in Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts. Anton Morent ist Alleininhaber des Verkehrsunternehmens in der Nähe von Sonthofen. Das Unternehmen entwickelte sich nach dem Kriege aus kleinsten Verhältnissen heraus zu einem mittelständischen Verkehrsunternehmen mit zwölf Betriebssitzen im Allgäu. Neben dem mit der Post im Pool geführten Verkehr betreibt die Firma auf eigene Rechnung besondere Ausflugs- und Mietwagenverkehre und ein Reisebürogewerbe. Morent ist Inhaber einer Jagd, die auch gerne von Politikern besucht wird. Zwischen der Bundespost und der Firma "Komm mit" bestand in den Nachkriegsjahren infolge von Überlagerung von Linienrechten ein harter Konkurrenzkampf. Erst 1964 kam es zu einer engeren Zusammenarbeit und 1969 zum Abschluß eines Vertrages über die Einrichtung eines Gemeinschaftsverkehrs. Dieser Vertrag konnte erstmals 1980/81 gekündigt werden; besteht aber derzeit noch.

Im vor Jahresfrist gebildeten Geschäftsbereich Bahnbus (GBB) Augsburg wurden Vorbereitungen zur Fortführung der bestehenden Verkehrsgemeinschaft mit dem Privatunternehmer getroffen. Die Bundesbahn war und ist jederzeit bereit, die Verkehrsgemeinschaft an Stelle der Bundespost wie bisher fortzusetzen; der Besitzstand der Firma "Komm mit" bliebe voll gewahrt. Die Bundesbahn hielt dieses regional begrenzte Problem jedenfalls für lösbar. Herrn Morent hingegen kamen plötzlich Bedenken gegen den öffentlich-rechtlichen Partner Bahn; er wollte nun lieber seine Zusammenarbeit mit einem nicht vorhandenen privatwirtschaftlichen Unternehmen fortsetzen. Er suchte deshalb das persönliche Gespräch mit dem CSU-Politiker Dollinger und klagte, daß er sich in den Verhandlungen



mit den DB-Vertretern unter Druck gesetzt fühle. Nachdem in der Folge auch die CSU-Politiker Kiechle und Stücklen - obgleich an den Verhandlungen mit der DB völlig uneteiligt - Dollinger informierten, daß die Bemühungen der DB um eine Einigung mit Herrn Morent als gescheitert angesehen werden müssen, handelte der Bundesverkehrsminister. Mit Schreiben vom 27. Mai 1983 teilte er dem Vorstand der DB diese "Fakten" mit und bat - ohne eine Stellungnahme abzuwarten - nun eine handelsrechtliche Betriebsform zu schaffen und ihn alsbald über den Fortgang der Angelegenheit zu informieren. Mit Durchschriften seines Schreibens informierte er sogleich den Bundespostminister, den Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr und, damit der DB keinerlei Verhandlungsspielraum bleibe, den Inhaber der Firma "Komm mit".

Das Postministerium reagierte mit einer vorläufigen Aussetzung der Überleitungsmaßnahme mit der Folge, daß bislang für zu übernehmendes Personal freigehaltene Dienstposten nun anderweitig besetzt werden und damit eine Überleitung bei verschiedenen Postämtern im Bereich des GBB Augsburg auf Jahre durchweg ausgeschlossen sein dürfte. Die Hauptverwaltung der Bundesbahn protestierte darauf beim Postministerium gegen diese "einseitig veranlaßte Maßnahme", die von ihr "nicht akzeptiert werde". Einvernehmlich getroffene Vereinbarungen würden dadurch verletzt und den Bemühungen der DB um eine Zusammenarbeit im Raume Oberstdorf werde vorgegriffen. Die Verunsicherung über die Zukunft des GBB Augsburg war nun vollends da unter den Betroffenen; erste Stellungnahmen gegen eine Umwandlung der GBB in eine Regionalverkehrsgesellschaft kamen von Seiten der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und auch von der Gewerkschaft der Deutschen Bundesbahnbeamten. Die Leitung des Unternehmensbereiches Bahn-Bus in Frankfurt ließ am 18. Juli 1983 verlautbaren, daß "der Vorstand der DB weiterhin an dem öffentlich-rechtlichen Modell für den Bahnbusverkehr festhalte" und "entschlossen ist, keine Umwandlung des GBB Augsburg in eine andere Rechtsform hinzunehmen".

Der Bundesminister für Verkehr bleibt allerdings bei seiner Haltung, die er damit begründet, es ließe sich die Gefahr nicht ausschließen, "daß sich durch Änderungen bei den Gemeinschaftsverkehren der Deutschen Bundespost/Firma "Komm mit" und durch Eingriffe in die gewachsenen Verkehrsstrukturen Nachteile für die Fahrgäste und die Verkehrsbedienug dieses Gebietes ergäben".

Eine Annahme die bislang durch nichts bewiesen ist. Die Verkehrsbedienug würde bei der vorbereiteten öffentlich-rechtlichen Betriebsform die gleiche sein wie jetzt. Völlig unverständlich bleibt deshalb, warum der Bundesverkehrsminister wegen der Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit einem einzigen Privatunternehmer gleich den gesamten GBB Augsburg, damit also die Bundesbusdienste im gesamten Regierungsbezirk Schwaben und im Raum Ingolstadt einer neuerlichen Umorganisation unterziehen will. Die unter der Beteiligung der Firma "Komm mit" im Allgäu betriebenen Verkehre machen gerade 3,5 Prozent der Leistung des GBB Augsburg aus (cirka 2,5 von 70 Millionen Mark Umsatz). Angesichts dieser Relation ist das Eingreifen des Ministers völlig unverhältnismäßig. Der Verkehrsminister wäre gut beraten, seine Haltung dahingehend zu korrigieren, daß an der mit beträchtlichem Aufwand eingeleiteten, fast abgeschlossenen Zusammenführung der Bundesbusdienste im Raum Augsburg bei der Deutschen Bundesbahn festgehalten wird. (-/26.9.1983/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende, Ministerpräsident Johannes Rau, hat dem Panzeraufklärungsbataillon 7 der 7. Westfälischen Panzerdivision am 21. September 1983 das Fahnenband des Landes Nordrhein-Westfalen verliehen. Bei dieser Gelegenheit machte Rau grundlegende Ausführungen zum Verhältnis zur Bundeswehr, die wir nachstehend dokumentieren.

Johannes Rau: Die Bundeswehr schützt den Rechtsstaat

Die siebte, die "Westfälische" Panzerdivision hat vor einigen Wochen ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen gefeiert. Da konnte ich nicht mitfeiern, sondern nur meine Grüße schicken. Deshalb freue ich mich ganz besonders, heute dem ältesten Truppenteil dieser Division, dem Panzeraufklärungsbataillon 7, das Fahnenband unseres Landes Nordrhein-Westfalen überreichen zu können. Dieses Fahnenband, das ich zum zweiten Male in meiner Amtszeit einer Bundeswehreinheit verleihe, soll ein Zeichen der Anerkennung und auch ein Symbol der Verbundenheit sein.

Die Anerkennung gilt allen Soldaten, die in den siebenundzwanzig Jahren des Bestehens in dieser Einheit ihre Pflicht getan haben, und das heißt: Als "Soldaten für den Frieden" den Auftrag der Kriegsverhütung erfüllt haben. Wenn ich von einem Symbol der Verbundenheit spreche, dann will ich das gerade in einer Zeit ernster Diskussionen über Friedens- und Sicherheitspolitik deutlich begründen: Verbundenheit ist das Ergebnis beiderseitigen Vertrauens, nämlich der Bürger zu den Soldaten und der Soldaten zu den Bürgern, zu deren politischen und kommunalpolitischen Repräsentanten.

Dafür gibt es Erfahrungen und Zeugnisse: Etwa die Patenschaft der Stadt Paderborn, die Verbindung zu vielen Menschen (und auch zu Reitern und Pferden) im ostwestfälischen Raum, die Zusammenarbeit mit Dienststellen und Vereinen und vielen Institutionen, aber auch die Kontakte zu belgischen und britischen Einheiten im Umkreis.

Die Bürger dieses Landes wissen, daß soldatischer Dienst kein leichter Dienst ist. Dieser Dienst ist glücklicherweise längst nicht mehr Ausdruck militärischer oder militaristischer Begeisterung, ganz zu schweigen von Kriegsbegeisterung. Er gründet vielmehr auf der Einsicht, daß gerade unser demokratischer Staat schutzwürdig und verteidigungswürdig ist. Alle demokratischen Parteien sind sich einig: "Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen."

Ich denke, daß alle Demokraten aber auch darin übereinstimmen, daß die Streitkräfte unserer jungen Demokratie die Aufgabe haben, diesen Boden und die Menschen, die auf ihm leben, vor Krieg und Aggression zu schützen. Kriegsverhütung, Verteidigung unserer Freiheit, Sicherung unserer Selbstbestimmung - dazu haben auch die Soldaten des Panzeraufklärungsbataillons 7 in mehr als einem Vierteljahrhundert ihren Beitrag geleistet. Ich erinnere daran mit Dank und Respekt.

Aber ich will noch etwas hinzufügen: Gerade in diesen Monaten der leidenschaftlichen Diskussionen über Wege zum Frieden, über Sicherheit nicht nur für uns in der Bundesrepublik und über Chancen zu wirklicher gleichgewichtiger Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen unsere Bürger, so unterschiedlich ihre Vorstellungen und Ängste, ihre Hoffnungen und Sehnsüchte sein mögen, einen Konsens, also eine Übereinstimmung, bewahren: Der Bundeswehr und ihren Soldaten ist die Last dieses politischen Streites, des Zweifels und der Verzweiflung nicht aufzubürden.



Ich habe davon gesprochen, daß wir in unserem Lande keinen Militarismus und keine Militärbegeisterung haben. Wir sprechen vielmehr seit Gründung der Bundeswehr vom "Bürger in Uniform". Wir haben die Wehrpflicht und die Ersatzdienstpflicht. Der Vorrang der politischen Führung und Verantwortung wird allseits anerkannt und bekräftigt. Das muß in Zeiten politischer Auseinandersetzung auch heißen: Die Bundeswehr und die Staatsbürger in Uniform haben Anspruch auf das Vertrauen aller, ganz gleich, welche Position weite Teile unsere Bürger in Kernfragen der gegenwärtigen und zukünftigen Sicherheitspolitik beziehen.

Niemand darf zulassen, daß etwa der Eindruck entsteht, jenseits der Kasernentore lebten Friedenssucher und Friedensfreunde und innerhalb der Kasernen sei der Geist von Rüstung, Waffenanhäufung und widerspruchsfreier Abschreckung lebendig. Vielmehr meine ich, daß uns allen, wo immer wir politisch, weltanschaulich, beruflich stehen, welcher Kirche, welcher Gruppe oder Institution wir auch immer zugehören, eine Perspektive, ein gemeinsames Ziel verbindet: Nämlich das Unsere zu tun, um das Wettrüsten zu beenden, um Vertrauen auch zwischen Konfliktparteien zu entwickeln, um die ungeheure Dynamik der technischen Entwicklung zu beherrschen und letztlich auch, um das Überleben von Mensch und Natur zu sichern.

Es ist wahr: Wir Deutsche können das nicht allein besorgen, aber wir können hartnäckig für die Entwicklung einer internationalen Ordnung arbeiten, die solche Ziele wenigstens schrittweise erreichen kann, nebst jener anderen großen Aufgabe, die darin besteht, die Rohstoffe dieser Erde gerechter zu verteilen und Hunger und Unterentwicklung zu überwinden.

Ich bitte unsere Bürger und ich bitte Sie, das im Auge zu behalten - auch inmitten aller politischen Auseinandersetzungen, die wir als legitim anerkennen, wenn sie ohne Gewalt ausgetragen werden, und von denen wir erwarten, daß sie hart in der Sache, aber ohne Haß und ohne Freund-Feinddenken verlaufen. Wir alle sollten dabei eines bedenken: Daß wir uns diese Auseinandersetzung, diesen Meinungsstreit über lebenswichtige Fragen erlauben können, garantiert unsere Verfassung, die Verfassung eines Rechtsstaates, zu dessen Schutz wir unsere Bundeswehr aufgebaut haben.

Sie, die Panzeraufklärer der in unserem Lande Nordrhein-Westfalen beheimateten 7. Panzerdivision, sind mit ein paar Hunderttausend anderen Garanten dieses Schutzes unserer Rechte und unserer Freiheitswerte, wie sie im Grundgesetz beschrieben sind - auf immer wieder nachlesenswerte Weise! Im Namen unserer Bürger danke ich Ihnen für diesen Dienst und bitte Sie, dieses bescheidene Wort "beheimatet" ernst zu nehmen. Sie sind Teil unserer demokratischen Gesellschaft und diese Gesellschaft bietet ihnen Heimat an - im Zeichen des springenden westfälischen Rosses, des silbernen Rheinstroms und der roten lipplischen Rose. In diesem Symbol, in diesem Wappen steckt Tradition. Und ich will hoffen, daß sich zu dieser alten Tradition die neue des Fahnenbandes hinzugesellt. Als Ausdruck von Anerkennung, Verbundenheit und Dank an unsere Soldaten, die mitten unter uns leben und von denen wir sagen wollen, daß sie "unsere Soldaten" sind.

Mag diese neue Tradition lange in friedlicher Zeit Bestand haben. (-/26.9.1983/ks/rs)

+ + +

